

Nachhaltige Flächenhaushaltspolitik – Die Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen in Thüringen sinnvoll begrenzen

Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

25. + 26. November 2016 in Bad Langensalza

Wir bauen unsere Landschaft zu – Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Thüringen

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien vereinbart die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr in Thüringen deutlich zu reduzieren und langfristig zu stoppen.

„Die Koalition unterstützt das nationale Nachhaltigkeitsziel, den Flächenverbrauch bis 2020 bundesweit auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Dabei soll, bezogen auf die Fläche Thüringens, der Flächenverbrauch langfristig Netto-Null betragen. Die Koalition ist sich darin einig, die in Thüringen eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung und dem Stopp weiterer Flächenversiegelung konsequent fortzusetzen. Zu diesem Zweck soll im Freistaat ein verpflichtender Ausgleich durch Entsiegelung geschaffen und das Brachflächenkataster fortgeschrieben werden.“

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Thüringen stieg in der Vergangenheit von weniger als 8 % der Landesfläche Anfang der 90er Jahre auf aktuell 9,8 % an. Der Anteil ist im Verhältnis zur Bevölkerung vergleichsweise hoch. Thüringen belegte in den Jahren 2011 und 2012 mit mehr als 5 Hektar täglich den Spitzenplatz in der BRD bei der Zunahme je Einwohner. Im Jahr 2015 wurden etwa 2,5 ha täglich bebaut.

Beitrag des Freistaates Thüringen am nationalen Nachhaltigkeitsziel

Der Beitrag des Freistaates Thüringen an der Erreichung des im Koalitionsvertrag genannten nationalen Nachhaltigkeitsziels beträgt nach der Bevölkerung etwa 0,8 ha täglich im Jahr 2020. Aufgrund der übermäßigen Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Thüringen in den vergangenen Jahren ist ein Gegensteuern dringend erforderlich.

- Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb die Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen einzuführen, um den Zielwert von < 0,8 ha/Tag in Thüringen sobald als möglich vor 2020 zu erreichen.

Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen definieren das Ziel „Netto-Null-Flächenverbrauch“ für Siedlungs- und Verkehrsflächen über einen definierten Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Freistaates Thüringen. Dieser orientiert sich an anderen vergleichbaren Bundesländern. Sobald diese Grenze erreicht ist, sollen zusätzliche Siedlungs- und Verkehrsflächen nur noch gestaltbar sein, wenn Flächen in gleichem Umfang an anderer Stelle

den in Anspruch genommenen Nutzungen (Landwirtschaft, Wald, Natur, Gewässer) anteilig wieder zugeführt werden.

- Ziel grüner Politik für Thüringen ist es, den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche dauerhaft auf etwa 10 % zu begrenzen. Die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages von Bündnis90/Die Grünen wirken darauf hin, dass Instrumente und Pläne entwickelt werden, mit welchen das Netto-Null-Ziel verbindlich erreicht werden kann.

Grüne Maßnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme

In Thüringen gibt es in vielen Städten und Gemeinden weiterhin Siedlungsflächen mit ungenutzten baufälligen Gebäuden oder Infrastrukturen, die vor einer Nutzung zu Wohn- oder Gewerbebezwecken abgerissen werden müssen. Oft sind umfangreiche Erkundungen und Probenahmen erforderlich, um Altlasten oder Kontaminationen zu erkunden. Baustoffe und Böden müssen entsorgt werden. Die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete ist für Kommunen deshalb oft einfacher, günstiger und schneller als die Nutzung vorhandener Siedlungsflächen. Das führt beispielsweise zur Verarmung von Ortskernen. Ein lebendiger Kern ist für Lebensqualität und Attraktivität eines Ortes ein wesentlicher Gradmesser. Lebendige und besiedelte Zentren sorgen für kurze Wege und tragen der demografischen Alterung der Gesellschaft vorausschauend Rechnung. Wir fordern deshalb, der Zersiedlung der Landschaft effizient entgegenzuwirken.

- Bündnis 90/Die Grünen, halten die Revitalisierung von Brachflächen und eine angemessene Verdichtung der Siedlungen für besonders geeignet, um zusätzlichen Flächenverbrauch zu vermeiden. Sie tragen dazu bei und fordern von den Koalitionspartnern vorhandene Förderprogramme zu überprüfen, weiterzuentwickeln, aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls zu ergänzen. Dem Ziel der Vermeidung von Flächenverbrauch ist dabei eine hervorgehobene Stellung einzuräumen.
- Bündnis90/Die Grünen fordern die Landesregierung auf, zu prüfen, ob es sinnvoll oder erforderlich ist, in Thüringen einen Handel mit Flächenzertifikaten zum Bedarfsausgleich und als Anreizsystem für die Kommunen einzuführen. Ein solches Instrument kann dazu beitragen, die Nutzung vorhandener Brachflächen und -gebäude in Siedlungen für Investitionen attraktiver zu gestalten als das „Bauen auf der grünen Wiese“.
- Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, die ein Mandat oder ein Amt in kommunalen Parlamenten in Thüringen haben, wirken in den Städten und Gemeinden darauf hin, dass die Ausweisung neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen so sparsam wie möglich erfolgt, indem sie insbesondere die Möglichkeiten und Vorteile einer Vitalisierung der Ortskerne und die konsequente Nutzung von Baulücken und Brachflächen im Entscheidungsprozess erörtern und einfordern. Interkommunale Konkurrenz um Einwohner/innen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen ist durch Kooperation bei der Entwicklung und Vermarktung von vorhandenen Siedlungs- und Gewerbeflächen zu vermeiden.
- Flächenpotenziale im Bestand sollen systematisch erfasst, dokumentiert und der Siedlungsentwicklung zugeführt werden. Regionale oder kommunale Brachflächeninformationssysteme können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Die

Schaffung von Ausgleich reicht zukünftig nicht aus, um die Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen hinreichend zu begrenzen. Ein Kreislaufsystem von Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringung ist zu verankern. Hierzu sind verwaltungstechnische und rechtliche Möglichkeiten konsequent anzuwenden oder zu entwickeln. Wenn Flächen in den offenen Flächenkreislauf einfließen, müssen bereits vorhandene Siedlungs- und Verkehrsflächen durch anteilige Rückführung aus dem Flächenkreislauf entlassen werden.

- Bündnis 90/Die Grünen formulieren das Ziel, eine Vorrangregelung für Brachflächenentwicklung gegenüber Freiflächen einzuführen, um eine Genehmigung für Freiflächeninanspruchnahme nur zu erteilen, wenn nachweislich keine anderen Möglichkeit für die geplante Nutzung in Betracht kommt. Damit sollen die Flächenspargebote im Raumordnungs- und Baugesetz konkretisiert und umgesetzt werden.